

Mittwoch, 8. Oktober 2025
von Mathieu Noyer

Region Basel

Wird Interreg die Sparmaßnahmen des Schweizer Bundeshaushalts unbeschadet überstehen?

Das Ausmaß des von der Schweizer Regierung vorgelegten Sparprogramms des Bundeshaushalts ist seit kurzem bekannt. Es könnte zur Einstellung der Bundesfinanzierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit führen.



Der Rheinuferweg von Huningue nach Basel verkörpert die Interreg -Förderprogramme zwischen Frankreich und der Schweiz. © TEB

Bald sollen die Kantone der Nordwestschweiz und ihre französischen und deutschen Nachbarn wissen, welches Schicksal der Bund für die *"Neue Regionalpolitik"* vorsieht,

welche die Teilnahme an den europäischen Programmen finanziert, allen voran Interreg Oberrhein. Die beiden Kammern des Parlaments, der Nationalrat und der Ständerat (der die Kantone vertritt), dürften sich bis im Frühling auf einen gemeinsamen Text einigen, über den ihre Abgeordneten abstimmen werden, und zwar für das allgemeine von der Regierung (Bundesrat) vorbereite Programm „*Entlastungspaket 27*“.

Bleibt es bei der vorgelegten Fassung, die als Grundlage für die Anhörungen in der Finanzkommission des Ständerats in der vergangenen Woche und danach in derjenigen des Nationalrat Mitte Oktober diente, bedeutet dies eine Senkung der Ausgaben um 2,4 Milliarden Euro für das Jahr 2027, dann um Milliarden in 2028 und weitere 3,15 Milliarden für 2029.

Gefürchtete Maßnahme 54

Zwar wurden für einige der 57 Maßnahmen Lockerungen erzielt. Doch die Maßnahme 54, zur Neuen Regionalpolitik blieb inhaltlich unverändert. Sie sieht vor, den jährlichen Beitrag des Bundes in zwei Jahren um die Hälfte auf 13 Millionen Franken zu senken und ihn dann faktisch zu streichen.



Andreas Doppler, Leiter Förderprogramme bei Regio Basiliensis. © David Schweitzer

„Die dauerhaften Einsparungen in Höhe von 26 Millionen Franken bei der Neuen Regionalpolitik ab dem Jahr 2028 entsprechen dem Betrag, der ihr bisher jährlich zugewiesen wurde“, betont Andreas Doppler, Leiter Förderprogramme bei Regio Basiliensis in Basel.

Signal von Bern

Der vorgesehene Zeitplan tangiert bereits die nächste Interreg-Programmplanung, der VII. Phase, die für 2028 bis 2034 vorgesehen ist. Die Bundesbeteiligung an Interreg VII könnte somit von Anfang an beeinträchtigt sein

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird nicht unbedingt benachteiligt: durch die Einzahlungen, die über Jahrzehnte hinweg erfolgten, beläuft sich der Fonds für die

Neue Regionalpolitik aktuell auf rund 1 Milliarde Franken. Die Umsetzung des Entlastungsprogramms würde jedoch dazu führen, dass keine neuen Mittel mehr vom Bund bereitgestellt würden. Es bliebe dann die Finanzierung durch die Kantone. Doch Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befürchten, dass das Signal aus Bern auch auf die lokale Ebene ausstrahlen könnte. Gegenwärtig gilt die sogenannte 1:1-Regel: Der Kantonsbeitrag löst einen Bundeszuschuss in gleicher Höhe aus.